

Verabschiedet durch die Delegiertenversammlung (DV) der FDP.Die Liberalen am 13. Januar 2018

Mehr Markt für die Schweizer Medienlandschaft

Forderungen der FDP in der Medienpolitik

Die Digitalisierung macht auch vor der Medienlandschaft Schweiz nicht Halt. Sinkende Werbeeinnahmen oder veränderte Konsumverhalten stellen die Medienanbieter zusätzlich vor grosse Herausforderungen. Die FDP will weder die Abschaffung der direkten Medienförderung, noch will sie finanziell komplett vom Staat abhängige Medien. Es braucht zielgerichtete Reformen für mehr Markt in der Medienlandschaft. Mit Verbesserungen des Konzessionierungsverfahrens, weniger Regulierung für private Medienanbieter sowie einer effizienteren Nutzung der Gebühreneinnahmen erhalten private Medien mehr Spielraum, um in diesem Markt erfolgreich zu bestehen. Das führt zu mehr Innovation und Qualität – aus Liebe zur Schweiz.

Freie und kritische Medien spielen eine zentrale Rolle für einen demokratischen Rechtsstaat und sind wichtig für die nationale Kohäsion. Durch die Digitalisierung, Veränderung des Konsumverhaltens, sinkenden Werbeeinnahmen oder dem steigenden Kostendruck geraten die Medienanbieter immer mehr unter Druck. Das hat zu Schliessungen von Medienhäusern und einer allgemeinen Marktkonsolidierung geführt. In Mitten dieser sich konstant verändernden Medienlandschaft nimmt die SRG eine wichtige Rolle als Service public Anbieter ein. Oft wird dabei vergessen, dass auch private Medien einen entscheidenden Beitrag zum Service public und zur Programm- bzw. Medienvielfalt auf allen Kanälen beitragen. Trotz der abnehmenden Anzahl Medienhäuser stehen dem Schweizer Publikum viele regionale und lokale Printprodukte genauso wie viele private Radio- und TV-Programme zur Verfügung – nicht zu vergessen die Vielzahl an meist gratis verfügbaren Online-Medien.

Die FDP will dieses breite Service-public-Angebot von privaten und öffentlichen Medienanbietern sicherstellen. Damit ist für die FDP klar, dass kleine Sprachregionen stärker vom Service public durch die öffentliche Hand abhängig sind. Der Medienmarkt in der Deutschschweiz ist mit jenem in der Romandie oder dem Tessin nicht vergleichbar. Das bestehende Modell der Medienförderung und der Regulierung der Medienbranche ist nicht mehr zeitgemäss und führt zu Marktverzerrungen und Ungleichgewichten. Darum muss das heutige System zügig reformiert und an die neuen Herausforderungen angepasst werden. Der Status quo ist keine Option. Künftige Modelle müssen sich stärker am Markt orientieren. Damit können die Medienanbieter unter fairen Bedingungen die neuen Herausforderungen selbst anpacken.

1. Sachgerechtes Konzessionierungsverfahren

Im Zeitalter der digitalen Medienverbreitung ist eine Beschränkung auf eine Konzession pro Medienunternehmen überflüssig. Es braucht ein neues, sachgerechteres Konzessionierungsverfahren. Radios ohne Gebührenfinanzierung sollen in Zukunft keine Konzession mehr mit einem Leistungsauftrag benötigen. Dies bringt ihnen mehr Freiheit in der Programmgestaltung. Zudem soll der Bundesrat das Service public Angebot der SRG klarer und mit Fokus auf den Kerngehalt des Leistungsauftrages definieren. Damit müssen einerseits die Grundversorgung mit Schweizer Medieninhalten sichergestellt und andererseits die Unterschiede in den Sprachregionen berücksichtigt werden. Als übergreifende Richtlinie soll das Subsidiaritätsprinzip gelten, um den privaten Medienanbietern mehr Handlungsspielraum zu geben. Zudem muss die Kontrolle bei der Einhaltung der Konzessionspflichten gestärkt und der Leistungsauftrag unabhängig festgelegt und regelmässig überprüft werden.

Forderungen:

- › **Keine Begrenzung der Anzahl Konzessionen pro Medienunternehmen**
- › **Abschaffung der Konzessionen mit Leistungsauftrag ohne Gebührenanteil für Radioveranstalter**
- › **Klare Definition des Service public-Auftrages der SRG unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Sprachregionen (Subsidiaritätsprinzip)**
- › **Unabhängige Prüfungsinstitution zur Kontrolle der Einhaltung der Konzessionen und der Leistungsaufträge**

2. Bessere regulatorische Rahmenbedingungen

Der Medienmarkt Schweiz ist überreguliert. Es braucht darum Deregulierung und Stärkung der unternehmerischen Freiheit. Die Rahmenbedingungen für private Medienanbieter sollen bspw. mit weniger Werbeverböten oder der Stärkung des Urheberrechtsschutzes (Signalintegralität) verbessert werden. Bei der SRG muss am Online-Werbeverbot und an der eingeschränkten Verbreitung ihrer Inhalte festgehalten werden. Kooperationen der SRG mit anderen Anbietern sind zwar wünschenswert und stärken den Medienplatz Schweiz, sie dürfen aber andere Schweizer Medienanbieter nicht diskriminieren¹. Weiter muss eine Archivfunktion geschaffen werden, die es anderen Schweizer Medien erlaubt auch von den gebührenfinanzierten Produktionen der SRG zu profitieren und diesen so eine grössere Reichweite zu verschaffen („Shared Content“).

Forderungen:

- › **Stärkung des Urheberrechtsschutzes (Signalintegralität)**
- › **Lockerung der Werberegulierung für private Medienangebote (z.B. betreffend Inhalt oder Zeit)**
- › **Festhalten an eingeschränkter Inhaltsverbreitung und dem Werbeverbot für die SRG im Internet**
- › **Keine Diskriminierung von Schweizer Medienanbieter durch Kooperationen der SRG**
- › **Zugang zu gebührenfinanzierten SRG-Inhalten für alle Schweizer Medienanbieter**

3. Effizientere Nutzung der Gebühreneinnahmen

Zielführender als die komplette Abschaffung der direkten Medienförderung ist es, die Gebühreneinnahmen effizienter zu nutzen und deren Verteilung grundlegend zu überdenken. Die FDP fordert neue Ansätze der Mittelverwendung. Diese soll die nationale Inhaltsproduktion, Ausbildung und Innovation in der Medienbranche vorantreiben. Die übergreifende Nutzungsforschung muss verbessert werden und auch die Online-Nutzung miteinbeziehen. Damit können bspw. die Nutzerdaten aller Medien zentral auf einer Plattform analysiert und anonymisiert weitergegeben werden. Die SRG soll jene Mittel erhalten, um den klarer definierten Grundversorgungsauftrag zu erfüllen (siehe Kapitel 1). Gleichzeitig soll aber die neue Medienabgabe einer laufenden Evaluation unterzogen werden. Das stetige Wachstum der Gebühreneinnahmen muss begrenzt werden (Deckelung der Einnahmen). Die Gebühren pro Haushalt sollen entsprechend gesenkt werden. Auch fordert die FDP die vollständige Befreiung der Unternehmen von der Medienabgabe. Printprodukte sollen vorerst weiterhin von der indirekten Medienförderung wie der vergünstigten Postzustellung profitieren. Eine direkte Förderung von Online-Medienanbieter lehnt die FDP hingegen klar ab.

Forderungen:

- › **Verbesserung der Nutzungsforschung und Aufbau einer zentralen Analyse- & Verbreitungsplattform für anonymisierte, aggregierte Nutzerdaten**
- › **Laufende Evaluation der neuen Medienabgabe und Begrenzung des anhaltenden Wachstums der Gebühreneinnahmen**
- › **Befreiung der Unternehmen von der Medienabgabe**
- › **Vorläufiges Festhalten an der indirekten Medienförderung von Printprodukten**
- › **Keine Förderung von Online-Medien**

¹ Gemäss der pa. Iv. [16.422](#). Hiltbold. Gewährleistung der Medienvielfalt in der Schweiz.